

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abgaben nehmen die Postämter und die Anzeigen des Erzgebirges entgegen. - Erhältlich wöchentlich. Fernsprecher - Anruf Nr. 28.

Angewandte Die Postämter des Erzgebirges für Anzeigen aus dem Erzgebirge und Umgegend 28 Erzgebirge, a. u. w. w. Erzgebirge 28 Erzgebirge, Erzgebirge 28 Erzgebirge, Erzgebirge 28 Erzgebirge.

Kolonnenpreis: Einmalige Anzeigen. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1044

Nr. 296

Freitag, den 21. Dezember 1923

18. Jahrgang

Rentenmark-Reichswchsel.

Um eine kurzfristige Anleihe von Rentenmarkbeständen zu ermöglichen, werden voranschläglich vom 22. Dezember ab durch die Reichsfinanzverwaltung an Banken, Bankiers, Girozentralen, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, Handels- und Industrieunternehmen und landwirtschaftliche Verbände auf Rentenmark lautende Wechsel des Reiches abgegeben. Die Wechsel, die in Abschnitten zu 5000 und 10000 Rentenmark ausgefertigt werden und eine Laufzeit zwischen 14 Tagen und 3 Monaten haben, können jederzeit durch sämtliche Reichsbankanstalten gebührenfrei bezogen werden.

In Berlin, wo die Ausgabe durch die Schatzamtsverwaltungsabteilung der Reichshauptbank, Hausvogteiplatz 1, stattfindet, sind auch Wechsel mit einer Laufzeit von mindestens 8 Tagen erhältlich. Die Fälligkeitstermine sind der 10., 20. und letzte des Monats. Die Wechsel werden von der Reichsschuldenverwaltung ausgefertigt, sind mit zwei Unterschriften versehen und werden beim Kauf durch die abgebende Stelle auf den Erwerber gestellt.

Bei der in Rentenmark zu leistenden Einzahlung werden Zinsen vom Tage der Einzahlung bis zum Fälligkeitstage im Voraus vergütet. Die Zinssätze bewegen sich je nach der Länge der Laufzeit und der Höhe der Beträge zwischen 8 und 12 Prozent. Banken, Girozentralen, Sparkassen und Kreditgenossenschaften erhalten eine besondere Provision von ein bis zwei Prozent. Die Wechsel werden nach Fälligkeit auf sämtliche Steuern und Abgaben in Zahlung genommen, soweit der zu zahlende Betrag nicht geringer ist als die Wechselsumme. Die Einlegung fälliger Wechsel erfolgt kostenlos in Berlin durch die Staatsschuldenverwaltung, auswärts durch die Reichsbankanstalten. Näheres ist bei den Reichsbankanstalten zu erfahren.

Die Rentenmark in der Schweiz.

Die Deutsche Rentenbank teilt mit: In einigen deutschen Blättern fand sich in diesen Tagen eine Meldung aus Zürich, wonach die Rentenmark dort mit 1,10 Fr., also (unter Annahme des gegenwärtigen Standes des Schweizer Franken) mit rund 79 Goldpfennigen, gehandelt wurde, was einer Disparität von 21 Prozent gleichkäme. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß am 14. Dezember telegraphisch in Zürich gegebene Kaufaufträge für Rentenmark zu 1,15 und 1,20 Franken unausführbar waren; es wurde vielmehr freibleibend für kleine Mengen ein Kurs von 1,90 bis 1,45 genannt. Daraus ergibt sich, daß die Rentenmark tatsächlich in Zürich zum vollen Goldwert, ja sogar darüber hinaus gehandelt wird.

Die steuerpolitischen Richtlinien der Landwirtschaft.

Der Reichslandbund und der Deutsche Bauernverein stellen für die Steuergesetzgebung in einer Eingabe an das Reichskabinett Richtlinien auf, in denen gefordert wird: Die kommenden Steuerarbeiten sind vom Standpunkt der Gesamtwirkung auf die Wirtschaft und im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu bewerkstelligen. Erlasse von Einzelgesetzen müssen unterbleiben. Zweitens wird gefordert eine stärkere und umfassendere Mitwirkung der wirtschaftlichen Organisationen. Was den Gewerkschaften recht sei, sei den wirtschaftlichen Organisationen billig. Weiter wird gefordert: Zentralisation der Steuern, Wiederherstellung der Steuerhoheit und Selbständigkeit der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Den Ländern und Kommunen sind wieder bestimmte Steuern in eigene Verwaltung und Verantwortung zu geben. Das neue Steuerprogramm muß eine scharfe grundsätzliche Abgrenzung darüber enthalten, welche Steuern dem Reich, den Ländern und den Kommunen als Lebensquelle zu dienen bestimmt sind. Bevor der Landwirtschaft neue schwere Steuern auferlegt werden, müsse mit den betroffenen Vertretern der Landwirtschaft in eine genaue Prüfung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft einerseits und der gesamten steuerlichen Belastung andererseits eingetreten werden.

In weiten Kreisen der Landwirtschaft ist die Ueberzeugung verbreitet, daß eine derartige Prüfung nicht stattgefunden hat und auch nicht beabsichtigt ist. Der Reinertrag der Landwirtschaft hat einen Rückgang erlitten, so daß bis auf dem Wirtschaftsjahr 1923/24 runde Gesamterträge einen Teil des Bruttoertrages ausmachen der weit über den Friedensreinertrag hinausgeht. Daß dies undenkbar Zustände sind, gegen welche die Landwirtschaft sich mit vollem Recht zur Wehr setzen wird, dürfte einleuchten. Die Unterzeichneten warnen daher in letzter Stunde vor einer Ueberspannung der Steuerpolitik, die die Landwirtschaft und damit den letzten Halt des deutschen Volkes zugrunde richten dürfte.

Wichtige Sitzung der Reparationskommission.

Wird das Prioritätsrecht fallen?

Die Erledigung des heute von der Reparationskommission zu behandelnden deutschen Antrages über

den amerikanischen Lebensmittelkredit macht offenbar allen beteiligten Vertretern erhebliche Schwierigkeiten.

Vor allem werden juristische Bedenken von allen Delegierten hinsichtlich der Priorität dieses Kredites ausgesprochen. Ferner glaubt man, daß die deutsche Landwirtschaft noch viel mehr Vorräte zur Ernährung des Volkes zur Verfügung stellen könnte.

Es hängt jetzt offenbar alles von dem Druck Amerikas ab. Den Amerika durch seinen Beobachter Logan in der Sitzung zugunsten des deutschen Antrages auszusprechen. Man spricht davon, daß die Bewilligung des Kredites sich vielleicht unter der Zusage der Verpfändung des deutschen Auslandbesitzes oder ähnlicher Garantien wird ermöglichen lassen.

Eine neue Abrüstungskonferenz.

Luftfahrt und U-Boote.

„New York Herald“ meldet aus Washington: Mehrheitlich werden die republikanischen Mitglieder der Marineauschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses Präsident Coolidge als Ergebnis ihrer zurzeit schwebenden Beratungen vorschlagen, eine neue Abrüstungskonferenz einzuberufen, die sich insbesondere mit der Luftfahrt und den U-Booten zu befassen hätte. Doch werden die in Betracht kommenden Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses nichts unternehmen, ehe Präsident Coolidge seine Zustimmung erklärt hat. Ihre Vorschläge könnten möglicherweise dadurch feste Gestalt annehmen, daß die im letzten Marinehaushalt festgelegten Vollmachten geltend gemacht würden, die Maßregeln für eine weitere Herabsetzung der Rüstungen vorsehen.

Der „New York Herald“, der die Durchführung eines solchen Programms bei englischer Unterstützung für gesichert hält, hat eine Anfrage in französischen Kreisen über eine entsprechende Initiative veranlaßt und sich unter anderem am Quai d'Orsay erklären lassen, die französische Regierung sei grundsätzlich zu einer solchen Konferenz bereit, doch erforderlichenfalls Einzelheiten natürlich eine genaue Nachprüfung. Frankreich könnte nicht mit verbundenen Augen zu einer Konferenz gehen, die auf seine Sicherheit oder auf seine Stellung in den Kolonien von Einfluß wäre. Die französische Regierung so führt das Blatt fort, habe es mit der Konferenz deshalb nicht eilig, weil diese möglicherweise neue Konflikte hervorrufen würde, welche die Enquete der von der Reparationskommission einzusetzenden Sachverständigenausschüsse durchkreuzen könnten.

Um die Sachverständigenkonferenz.

Die von dem englischen Delegierten bei der Reparationskommission Sir John Bradburn als englische Sachverständige für die beiden Untergruppen vorgeschlagenen Persönlichkeiten, nämlich der Gouverneur der Bank von England Montagu Norman, der ehemalige Schatzkanzler Mac Kenna und der Wirtschaftsfachverständige Joshua Stamp, sind offiziell von den Mitgliedern der Reparationskommission bereits gebilligt. Die Einladungen an sie sowie an die von den anderen Ländern vorgeschlagenen Sachverständigen werden in kurzer Zeit ergehen.

Es heißt, daß die Untersuchungskommission zur Feststellung der deutschen Zahlungsverhältnisse am 4. Januar zum ersten Male zusammenzutreten soll.

Ausgewiesene, die zurückkehren.

Die Oberpostdirektion Dortmund teilt mit: Drei ausgewiesene Postbeamte haben wegen Zurücknahme des Ausweisungsbefehles durch die Befehlsgewalt in das belegte Gebiet zurückkehren dürfen. In den nächsten Tagen werden weitere Postbeamte zurückkehren.

Arbeiterentlassung wegen Ablehnung der Zehnstundenschiift. Wie den Blättern aus Duisburg berichtet wird, haben die Kohlewärter in Rheinhafen sämtliche Arbeiter entlassen weil sie die Lohnfälligkeit Arbeitslosigkeit verteilten. Es werden nur Notstandsarbeiten verrichtet.

General de Weizsäcker demütiigt.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, hat sich General de Weizsäcker in Gesprächen mit Privatleuten in der letzten Zeit dahin geäußert, daß er in Paris sein Wort für die Durchführung der französischen Währungsreform mit der er stets und falls, verstanden habe. Er sei entschlossen, seine schwebende Hand so lange über die Separatisten der Pfalz zu halten, bis die Pfalz mürbe und bereit sei, auf seine Pläne einzugehen.

Frankreich-belgischer Wirtschaftsvertrag.

Thunis und Jaspas stellen die Vertrauensfrage.

Der Entwurf zu einem französisch-belgischen Wirtschaftsvertrag hat in parlamentarischen Kreisen lebhaften Kritik hervorgerufen. Die Sozialisten haben beschlossene Fassung zu stimmen, und auch bei den Liberalen sind

bei den Katholiken jetzt sich bereits Widerstand gegen den Vertrag. Da die Möglichkeit eines Mißerfolges nicht ausgeschlossen erscheint, haben Thunis und Jaspas in der Kammer die Vertrauensfrage gestellt. Am Mittwoch vormittag hatten die beiden Minister nähere Darlegungen gegeben, und zwar gab Thunis Auskunft über die notwendigen zahlenmäßigen und statistischen Fragen, Jaspas behandelte die politische Frage. Er hat die gemeinsamen Konzeptionen dargelegt und erklärt, daß das Abkommen nur auf einhalb Jahre abgeschlossen werden sollte, und erklärt weiter, daß die Abänderung des Abkommens eine Demission des Kabinetts mit sich führen würde.

Aus Mexiko.

Wie dem mexikanischen Generalkonsulat aus Veracruz gemeldet wird, ist General Huizar, der Gouverneur des Staates Michoacan, der bisher der alten Regierung treu geblieben war, zu den Aufständischen übergegangen. Infolgedessen beherrschen jetzt die Aufständischen den größten Teil der Küste des Stillen Ozeans. In der Hauptstadt wurden gegen die Regierung Obregon große Kundgebungen veranstaltet. Auch ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen, da infolge der teilweise abgebrochenen Zufuhr sich bereits Knappheit an Lebensmitteln fühlbar macht.

Kleine politische Meldungen.

Abbau im Reichswirtschaftsrat. Zu den Sparmaßnahmen, die von der Regierung in Aussicht genommen und mit dem Beamtenabbau in die Wege geleitet worden sind, wird auch der Abbau des Reichswirtschaftsrates gehören. Es ist beabsichtigt, die Zahl der Mitglieder des Reichswirtschaftsrates um die Hälfte zu verringern. Das Volkswirtschaftsamt hat hierzu, daß ein Abbau stattfinden werde, daß aber nichts darüber bekannt sei, ob es sich hierbei gerade um eine Herabsetzung der Mitglieder handelt.

Verbilligung der Rechtspflege. Der 1. Ver. Aussch. des Reichstages besprach die Vereinfachungsverordnung der Straf-, rechtspflege, die die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu erlassen beabsichtigt. So soll u. a. die Zuständigkeit des Einzelrichters erheblich erweitert werden. Die einstanzliche Zuständigkeit der Strafämter wird beibehalten. Die Zahl der Geschworenen wird auf 7 verringert. Die Zuständigkeit des Schwurgerichtes wird zugunsten des Schöffengerichtes eingeschränkt. In Vereinfachungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Verfahrens sind hervorzuheben: Einschränkungen des Verfolgungszwanges, Erleichterungen der schriftlichen Urteilsbegründung und Beschränkung der Rechtsmittel. Mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage soll für die Uebergangszeit von zwei bis drei Monaten u. a. auf die Mitwirkung von Schöffen und den Zusammentritt von Schwurgerichten verzichtet werden. Der Aussch. stimmt den vorgeschlagenen Einschränkungen des Verfolgungszwanges für nicht wünschenswert. Für die Uebergangszeit auf die Mitwirkung von Schöffen und den Zusammentritt von Schwurgerichten zu verzichten, trat der Aussch. bei.

Auflösung des Bayerischen Landtages? Bei Beginn der gestrigen Landtagssitzung lag eine große Anzahl von Anträgen aller Parteien auf Auflösung des Landtages und von demokratischer und sozialdemokratischer Seite auf Aufhebung des Ausnahmezustandes im Falle von Neuwahlen und von verschiedenen Seiten auf Aenderung des Wahlgesetzes und Vereinfachung und Herabsetzung der Abgeordnetenzahl, welche nach einem Antrag der Mittelpartei auf mindestens ein Drittel, nach einem sozialistischen Antrag um die Hälfte vermindert werden soll, ferner auf Abänderung der Verfassung bezüglich der nötigen Stimmzahl für Verfassungsänderungen vor. Es entspann sich, nachdem von demokratischer und sozialdemokratischer Seite beantragt worden war, diese Anträge den zuständigen Ausschüssen zu überweisen, eine lange und zum Teil sehr lebhaft geführte Debatte. Die Bayerische Volkspartei trat für die sofortige Beschlußfassung des Plenums über die Anträge ein, während die Mittelpartei ihre Bereitwilligkeit zu Ausschlußberatungen für einen Teil der Anträge erklärte. Die Bayerische Volkspartei und die Mittelpartei haben während der Debatte hervor, daß keine Aufhebung des Ausnahmezustandes, sondern nur Sicherheiten für die Wahlfreiheit notwendig seien. Unter dem Ausnahmezustand sei diese Sicherheit sogar mehr vorhanden.

Der „Tag“ schreibt, daß infolge der parlamentarischen Vorgänge in Sachen und Bayern eine Dinauschiebung von Neuwahlen im Reich kaum möglich sein wird.

Der Antrag auf Auflösung des Landtages wurde, wie noch mitgeteilt wird, zurückgestellt bis nach Erledigung der hierzu vorliegenden Ergänzungsanträge. Ein Antrag auf sofortige Verringerung der Zahl der Ministerien von 8 auf 5 sowie ein weiterer Antrag auf Abänderung des Landeswahlgesetzes wurde angenommen.

Bereitete Antrag auf Ruhe. An die Volkswirtschaftliche in München gelangten kürzlich Mitteilungen über ein geplanten Antrag auf den Generalstaatskommissar v. Raab. Die sofort eingeleiteten Erhebungen scheitern zur Festnahme des

W. 109
Berlin 1022
1923 an
um Frauen,
Kinnen und
en sind, hat
Rücklicht auf
aben.

is seit 207
sührungs-

te in einer
er Stabnitz
elkriege, als

armen. Eng-
Dreuzen ste-

ijung
0 Uhr

ungsgebäude
der Handels-

nden Sie

n 4 95
0 65
1 35
1 95
3 20

31.

23. Dez.
chlossen.
eressanten
Ausstattung

gland
erstklassige
Charles
-Tietz,

ausgew. 1
A. 300.
n 9,9 Uhr.
rführung

„verge“

n Einleit.
-Fürsorge

Aue

ng

Personen.

est!

r. 1. - WZL
r. 1.50 WZL
r. 1.20 WZL
Rouladen

Milmann
St. 11.

en

Warten,
Postenjob
abteilung
18. 10.

illet
18. 11.